

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Grün mit beschränkter Haftung



Neues Kapital für Luxemburg ... (Zeichnung: Guy W. Stoos, 1995)

Klassische Rezepte sind nicht mehr geeignet, um die luxemburgische Wirtschaft auf Trab zu bringen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, meinen die Grünen. Sie machen Vorschläge, wie Luxemburg seine Schwächen überwinden könnte.

"Es reicht nicht mehr, Reisen in alle möglichen Länder zu machen und dabei jedes Mal die Steuervorteile aufzuzählen, die Luxemburg zu bieten hat." Der grüne Abgeordnete François Bausch, der verantwortlich zeichnet für die am vergangenen Montag vorgestellten wirtschaftspolitischen Vorschläge seiner Partei, plädiert für eine Kursänderung in der luxemburgischen Wirtschaft. "Diese Art von Nischenpolitik können sich auf Dauer weder Luxemburg noch die EU als Ganzes leisten."

Eine Studie über die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Luxemburg soll erstellt werden, fordern die Grünen. Darauf aufbauend sei dann eine Marketingstrategie zu entwerfen, um neue Wirtschaftszweige in Luxemburg zu etablieren. Die Schwächen seien eigentlich bekannt, sagt François Bausch im Gespräch mit der woxx, und zählt auf: "Bildungsmisere, Vernachlässigung der Landesplanung und Kreativitätsschwund. In den 90er Jahren wuchs mit dem Aktienboom unser Wohlstand, fast ohne eigenes Zutun. Viele dachten, es geht immer so weiter."

Neue Wege

Dass diese Zeiten vorbei sind, belegen die von den Grünen angeführten Zahlen: Von 9,1 Prozent im Jahr 2000 ist das Wirtschaftswachstum auf Werte um ein Prozent gesunken. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit auf vier Prozent gestiegen. Dabei wächst die Zahl der arbeitslosen AkademikerInnen besonders schnell, und ein Großteil der zurzeit neu entstehenden Arbeitsplätze wird von GrenzgängerInnen besetzt. Deshalb warnen die Grünen vor Versuchen, massiv Arbeitsplätze in "wahllos aufgebauten, neuen klassischen Schwerindustriesektoren" zu schaffen. "Eine solche Strategie würde uns mit Riesenschrit-

ten in den 700.000-, 800.000- oder 900.000-Einwohnerstaat führen. Die Konsequenzen für das gesellschaftliche Zusammenleben wären fatal", heißt es in ihrem Papier.

Solche Töne ist man eher von Seiten des ADR gewohnt. François Bausch erklärt: "Es geht uns zuerst darum, Stellen für die in Luxemburg wohnenden Arbeitslosen zu schaffen. Unter denen finden sich immer mehr Akademiker. Gering qualifizierte Arbeitslose hat es schon immer gegeben." Würde es gelingen, wieder einen Industriezweig wie die Stahlindustrie aufzubauen, so müsste man 80 Prozent der Arbeitskräfte importieren, schätzt der Abgeordnete.

Klein- und Mittelbetriebe in Luxemburg ansiedeln, so lautet die von den Grünen favorisierte Formel. Wie die meisten anderen politischen Akteure fordern auch sie verbesserte Kreditmöglichkeiten und weniger Bürokratie. Letzteres allerdings "ohne dabei politische Grundentscheidungen wie soziale und ökologische Standards aus den Augen zu verlieren". Für die AutorInnen der wirtschaftspolitischen Vorschläge soll die Schule ebenfalls einen Beitrag zur Entstehung von Klein- und Mittelbetrieben leisten: "Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Kultur, die den Mut zur Selbstständigkeit fördert. Unser Schulsystem muss diese neue Kultur fördern und vermitteln." Ob damit wirklich das gleiche gemeint ist wie im Wahlprogramm der Partei, wo die Autonomie der SchülerInnen als Lernziel gefordert wird?

Selbstständigkeit

In Luxemburg fehlt es an Kreativität, es werden viele Chancen einfach nicht genutzt, davon ist François Bausch überzeugt. Als Beispiel führt er die gesetzlichen Regelungen zur Förderung erneuerbarer Energien an. "Vom Boom bei den Solaranlagen haben nur Dachdecker und Installateure profitiert. Warum gibt es in Luxemburg keine Firmen, die solche Anlagen herstellen?" Gewiss, die Uni stecke noch in den Kinderschuhen. Doch die Möglichkeit, zu günstigen Bedingungen Gründungskapital zur Verfügung zu stellen, sei angesichts des Finanzplatzes schon jetzt gegeben und werde nicht genutzt. Auch die Frage, in welchen Bereichen sich die Uni spezialisieren solle, müsse schon jetzt entschieden werden. François Bausch sieht in den erneuerbaren Energien eine Zukunftschance für Luxemburg: "Das wird der größte Exportmarkt der nächsten 40 Jahre."

Die Vorschläge der Grünen beschränken sich allerdings nicht auf exportorientierte Wirtschaftszweige. Im Sozial- und Dienstleistungsbereich sehen sie ein großes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen,

unter anderem durch die wachsende Zahl älterer Menschen. Die Solidarwirtschaft soll gefördert werden, weil sie Bedürfnisse befriedigt, die vom Markt ignoriert werden. Und weil sie Arbeitsplätze schafft für Menschen die, wie es die Grünen umschreiben, "auf Grund ihres Alters, ihrer physischen oder psychischen Verfassung, ihrer Herkunft, ihrer familiären Situation oder aus moralischen Gründen eine Arbeit anstreben, die gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und nicht nur persönliche Bereicherung bringt." Wer wirklich damit gemeint ist, steht weiter unten im Text: "schwer vermittelbare Arbeitslose".

Damit schließen sich die Grünen der weit verbreiteten Meinung an, die Solidarwirtschaft sei dazu prädestiniert, die Arbeit, die niemand machen will, von den Menschen durchführen zu lassen, die niemand einstellen will. Was dabei ausgeblendet wird: Lange vor den so genannten Beschäftigungsinitiativen gab es bereits Kooperativen, gegründet von Menschen, die ihren "normalen" Job an den Nagel hängen, um sinnvollen und nicht den Gesetzen des Kapitals unterworfenen Tätigkeiten nachgehen zu können. Bei diesen Tätigkeiten kann es sich sowohl um den Anbau von Biogemüse als auch um das Herausgeben einer Zeitung, sowohl um Altenpflege als auch um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen handeln.

Solidarwirtschaft

François Bausch verteidigt die Formulierung der Grünen: "Die lokalen Beschäftigungsinitiativen bieten eine wichtige Chance für Menschen, zum Beispiel wenn ein 50-jähriger Arbeitsloser keinen Job mehr findet. Das ist die dramatische Folge der kapitalistischen Logik. Die Logik des Systems, nicht meine." In der Tat, die Beschäftigungsinitiativen sollen dabei helfen, zwei Fehlentwicklungen des kapitalistischen Systems gerade zu biegen: dass es immer mehr Menschen als nicht systemgerecht ausspuckt und dass es wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse als nicht finanzierbar abtut. Dass man, anstatt Notlösungen als Solidarwirtschaft zu verkaufen auch das System in Frage stellen könnte, solche Gedankengänge sind in der grünen Partei wohl längst tabu.

Vergleicht man allerdings die grünen Vorschläge mit dem, was von anderer Seite kommt, so sticht auch ihr Verdienst hervor. Nämlich das, überhaupt einen sozialen und ökologischen Ansatz in die Wirtschaftspolitik hinein zu tragen. Im LSAP-Sofortprogramm zum Beispiel steht viel über Steuersenkungen und Lockerung der Kontrolle im Bankensektor, aber kein Wort über Umwelttechnologien und Solidarwirtschaft. Ein finsternes Wahljahr kündigt sich an.

Raymond Klein

Bittere Bohne für Biltgen

Nicht die Bohne schien es Arbeitsminister François Biltgen am vergangenen Dienstag zu interessieren, ein Geschenk der besonderen Art persönlich entgegenzunehmen. Die Vereinigung "Agir contre le chômage" (ACC) hatte ihm einen Dreikönigskuchen geschenkt. Eine Delegation um ACC-Sprecher Frank Jost war dazu eigens zu Biltgens Ministerium am Rousegärtchen gekommen. Doch der Minister glänzte durch Abwesenheit. Der Kuchen enthielt die traditionelle Bohne. Auf dieser stand die Zahl 8.308 - so viele Menschen waren Ende November in Luxemburg als arbeitslos gemeldet (das entspricht 4,1 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung). "Au vu de l'explosion du chômage qui n'est pas seulement conjoncturel mais structurel, nous pensons qu'il faut désormais un changement radical de politique de l'emploi", heißt es in einer ACC-Stellungnahme. Die Vereinigung fordert nicht nur, dass die Arbeitgeber den Beschäftigungsfonds finanzieren, sondern verlangt neben der 35-Stunden-Woche öffentliche Beschäftigungsprogramme.

JägerInnen unter Beschuss

Grundbesitzer können nicht gezwungen werden, ihren Boden für eine Jagd zur Verfügung zu stellen, hat das Verwaltungsgericht entschieden. Und als ob dieses Urteil, das an den Prinzipien der Jagdsyndikate rüttelt, nicht schon reichen würde, hat die parlamentarische Umweltkommission am vergangenen Dienstag einer grünen Forderung statt gegeben: Es wurde beschlossen, eine parlamentarische Orientierungsdebatte über die Reform des Jagdgesetzes zu führen.

Die JagdkritikerInnen könnten triumphieren. Doch sie sind untereinander uneins, wie die diversen Stellungnahmen zur Treibjagd im Bambesch zeigen. Als "antiquiert und blutrünstig" bezeichnet die "Groupe d'action végétarienne pour l'égalité animale" das Unternehmen, während es in den Augen der Grünen für "eine Jagdpolitik von gestern" steht, nicht zu einer ausreichenden Reduzierung des Wildschweinbestands beiträgt und die Konfrontation mit den Bürgern sucht. Von Seiten der Vereinigung "Firing ökologesch Jueg" heißt es, man unterstütze diese "notwendige" Treibjagd. Störend sei nur, dass auch auf Füchse geschossen werden soll.

Nächste Woche:

Alles über das Weltsozialforum in Bombay

Das vierte Weltsozialforum tagt vom 16. bis 21. Januar in Bombay. Damit findet das Welttreffen der Globalisierungskritiker zum ersten Mal nicht im brasilianischen Porto Alegre, sondern in Asien statt. Asiens soziale Bewegungen sind im Aufwind.

Mensch sieht sich

Wir sagen unserem Kulturkollegen X Äddi. Über sechs Jahre hat er unserem Blatt die Treue gehalten, unzählbar viel mehr und weniger Kultiges geschrieben, aber nun ist Schluss: X hat die Seiten gewechselt. Er hilft nun dem Informationsdienst der Regierung, die Homepage aufzupolieren. Der offiziellen Abschiedszeremonie ist X entwischt (wir kriegen dich noch ...). Dafür hat er unverkennbare Erinnerungsstücke da gelassen: zum Beispiel eine Hymne auf eine unserer Marathonsitzungen, hausintern heißt die woxx-typische Krankheit übrigens Reunionitis. Oder eine Bastelhand zum Ausschneiden, An-die-Wand-Kleben und Sich-selbst-die-Hand-Geben. Falls nämlich wieder mal niemand da ist, der oder die einem zur geleisteten Schwerstarbeit gratuliert. So praktische Geschenke bekommt die woxx nicht sehr oft. Der Trinkspruch beim Gläserheben auf der nächsten Reunion ist deshalb unserem Ex-Kollegen gewidmet: Merci für alles, Mr. X, und alles Gute für die Zukunft!